

Ostbevern, 03.03.2026

Haushaltsrede der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2026

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers weitestgehend verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde Ostbevern,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates, Herr Bürgermeister,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Vertreter der Presse!

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt deutlich, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen unsere Kommune derzeit steht. Trotz konsequenter Sparmaßnahmen ist der Haushalt weiterhin strukturell unausgeglichen. Kurzfristig kann diesem Ungleichgewicht nur durch den Verkauf von Grundstücken begegnet werden – ein Instrument, das keine dauerhafte Lösung darstellt und mit Augenmaß eingesetzt werden muss.

Gleichzeitig sehen wir uns mit stetig wachsenden Belastungen konfrontiert, die wir kaum beeinflussen können. Besonders die stark gestiegene Kreis- und Jugendamtsumlage stellt unseren kommunalen Haushalt vor große Herausforderungen. Innerhalb von nur fünf Jahren ist diese Umlage von 7,8 Millionen Euro auf inzwischen deutlich über 11 Millionen Euro angewachsen – eine jährliche Mehrbelastung von mehr als drei Millionen Euro. Hinzu kommt, dass wir bei der Umsetzung der verpflichtenden Ganztagsbetreuung von Bund, Land und Kreis weitgehend allein gelassen werden.

Umso wichtiger ist es, dass wir dort Verantwortung übernehmen, wo wir es selbst können: Der vorgelegte Stellenplan ist ausdrücklich zu begrüßen, da er ein weiteres Anwachsen des Personalkörpers vermeidet. Ebenso erfreulich ist, dass es gelungen ist, die Bürgerinnen und Bürger auch im kommenden Jahr nicht zusätzlich zu belasten. Die Steuersätze bleiben – dank des Einsatzes der CDU – weiterhin die niedrigsten im gesamten Kreis Warendorf.

In den vergangenen fünf Jahren konnten wir durch eine solide und vorausschauende Haushaltspolitik Überschüsse von über sechs Millionen Euro erwirtschaften. Nur diese verantwortungsvolle Finanzpolitik versetzt uns heute überhaupt in die Lage, notwendige Investitionen zu tätigen, ohne in eine Haushaltssicherung zu geraten. Dieses vorsichtige und nachhaltige Wirtschaften muss auch künftig die Grundlage unseres Handelns bleiben, damit Ostbevern lebenswert bleibt – heute und für kommende Generationen.

Umso mehr freut es uns, dass wir bei der Kommunalwahl im September des vergangenen Jahres die absolute Mehrheit erringen konnten. Dieses deutliche Vertrauen, das uns so viele Bürgerinnen und Bürger entgegengebracht haben, verstehen wir als Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wir werden dieses Vertrauen nicht enttäuschen. Auch künftig stehen wir für ein starkes,

verantwortungsvoll geführtes Ostbevern, das finanziell solide aufgestellt ist und sich seine Handlungsfähigkeit für die Zukunft bewahrt.

Steuern:

Steuern sind ein zentrales und bewährtes Instrument von Politik und Kommunen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit zu sichern und Haushaltsdefizite auszugleichen. Gleichwohl darf eine Steuererhöhung aus unserer Sicht nicht der erste und einfachste Schritt sein. Sie sollte erst dann in Betracht gezogen werden, wenn alle anderen Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung, von strukturellen Anpassungen über Ausgabendisziplin bis hin zur konsequenten Nutzung von Einspar- und Optimierungspotenzialen – sorgfältig geprüft und ausgeschöpft worden sind. Verantwortungsvolle Finanzpolitik bedeutet für uns, Belastungen nur dort zu erhöhen, wo sie unumgänglich sind.

Mit einem Hebesatz von 554 v.H. bei der Grundsteuer B liegt Ostbevern deutlich unter dem Durchschnitt im Kreis Warendorf von 685 v.H. Selbst im Vergleich zu Telgte mit 625 v.H., dem zweitniedrigsten Wert im Kreis, nimmt Ostbevern weiterhin die Spitzenposition mit den geringsten Hebesätzen ein. Auch bei der Gewerbesteuer (418 v.H.) bewegen wir uns im unteren Bereich des Kreises.

Diese Zahlen sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer klaren politischen Haltung: Wir wollen die steuerliche Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Unternehmen so gering wie möglich und nötig halten. Damit setzen wir ein bewusstes Signal für Verlässlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität Ostbeverns.

Auch in diesem Jahr ist es gelungen, eine Erhöhung der Hebesätze zu vermeiden. Angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen bleibt jedoch offen, wie lange dieser Kurs noch aufrechterhalten werden kann. Bereits eine Anhebung der Grundsteuer B um 30 v. H. würde Mehreinnahmen von rund 100.000 Euro jährlich für den Gemeindehaushalt bedeuten.

Gleichzeitig stehen wir vor erheblichen finanziellen Herausforderungen: kontinuierlich steigende Sach- und Personalkosten, wachsende Kreis- und Jugendamtsumlagen sowie rückläufige Einnahmen aus Grundstücksverkäufen erhöhen den Druck auf unsere Haushaltslage spürbar. Diese Entwicklung zeigt, dass wir perspektivisch auch die Einnahmeseite im Blick behalten müssen, um die dauerhafte Leistungsfähigkeit Ostbeverns zu sichern.

Dabei bleibt unser Anspruch klar: Auch künftig werden wir mit Augenmaß, Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl mit dem Thema Steuern umgehen.

Beverbad:

Das Beverbad ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Schul-, Sport- und Freizeitangebots. Die Nutzung des Hallenbades für Reha- und Fitnessmaßnahmen steigt kontinuierlich – und das soll auch so bleiben. Jedes Kind in Ostbevern muss die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen, und jede Bürgerin und jeder Bürger sollte vor Ort schwimmen können.

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob wir das Beverbad erhalten, sondern in welchem Umfang und zu welchen Kosten.

Die jährlichen Verluste bewegen sich bei nüchterner, analytischer Betrachtung erneut auf die Millionengrenze zu. Diese Entwicklung ist langfristig nicht tragbar. Hinzu kommt, dass durch die Änderungen der Wärmelieferverträge bisherige Einnahmen aus der Energieweiterleitung entfallen und Fernwärme künftig teurer eingekauft werden muss.

Gleichzeitig darf der eigentliche Badebetrieb, wie in der Vergangenheit aus unterschiedlichen, teils unvermeidbaren Gründen geschehen, nicht weiter eingeschränkt werden. Im Jubiläumsjahr „50 Jahre Beverbad“ wird zudem deutlich, dass zentrale technische Anlagen inzwischen ebenfalls ein Alter von fünf Jahrzehnten erreicht haben und dringend saniert werden müssen. Die Überholung der Klima- und Lüftungsanlage im Sommer 2025 hat gezeigt, dass notwendige Investitionen nicht beliebig aufgeschoben werden können – auch nicht in der Hoffnung auf Förderprogramme.

Erfreulicherweise hat die BBO gemeinsam mit der Deutschen Bädergesellschaft in den vergangenen Jahren tragfähige Modernisierungskonzepte erarbeitet. Diese verschaffen uns nun bei der Beantragung in Aussicht gestellter Fördermittel einen wichtigen zeitlichen und inhaltlichen Vorsprung.

Wir halten daher an unserer Forderung fest, den Bürgermeister als Leiter des Beverbades durch einen ausgewiesenen Bäderfachmann zu unterstützen. Ziel muss es sein, insbesondere interkommunale Lösungen zu entwickeln, um Synergien zu nutzen und die Kosten nachhaltig zu senken.

Neue Mitte / Wirtschaft:

Im November konnten wir die Fertigstellung der „Neuen Mitte“ feiern – ein Projekt, das im Vorfeld von vielen Seiten kritisch begleitet wurde. An diesem Vorhaben aus voller Überzeugung festzuhalten und seine Umsetzung konsequent einzufordern, hat sich als richtig erwiesen. Die anfänglich kritischen Stimmen sind inzwischen nahezu vollständig positiven Rückmeldungen gewichen.

An dieser Stelle gilt unser ausdrücklicher Dank auch der Gemeindeverwaltung. Ein Projekt dieser Größenordnung in dieser Qualität erfolgreich umzusetzen, ist keineswegs selbstverständlich.

Nun gilt es jedoch, den Blick nach vorn zu richten. Eine ansprechende Gestaltung allein wird Ostbevern langfristig nicht voranbringen. Die Ortsmitte muss mit Leben gefüllt werden und eine tragfähige Grundlage für die dort ansässigen Gewerbetreibenden bieten. Nur durch ein lebendiges Miteinander lassen sich die Geschäfts- und Gastronomielandschaft sichern und idealerweise weiterentwickeln.

Hier sehen wir die Unternehmen unseres Ortes in besonderer Verantwortung. Wir sagen jede mögliche Unterstützung zu. Antreiber und Motor können und müssen jedoch die Unternehmer selbst sein. Seitens der Verwaltung bedarf es einer engen und kontinuierlichen Begleitung. Klar ist: Der intensive Austausch zwischen Gewerbetreibenden und Verwaltung ist Chefsache.

Politisch haben wir mit dem von uns initiierten Ausschuss für Wirtschaft und Digitales eine Plattform für diesen Austausch geschaffen.

Zur weiteren Steigerung der Aufenthaltsqualität, insbesondere auch für die junge Generation, fordern wir die Gemeindeverwaltung zudem auf, das politisch längst gewollte und bereits beschlossene Projekt eines freien WLANs in der Ortsmitte nun endlich umzusetzen.

Gewerbegebiete:

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass nach jahrelangem Stillstand nun Bewegung in das „Sondergebiet Vosskötter“ kommt. Als bedeutender wirtschaftlicher Faktor für die Gemeinde Ostbevern eröffnet sich damit die Chance, dem Unternehmen verlässliche Perspektiven und geeignete Rahmenbedingungen für seine weitere Entwicklung zu bieten. Dieses Vorhaben unterstützen wir ausdrücklich und mit voller Überzeugung.

Seit Jahren führen wir eine Debatte über ein Gewerbegebiet, das faktisch nicht existiert: das sogenannte „Gewerbegebiet West“. Tatsächlich handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Fläche am Rand eines Wohn- und Naturschutzgebietes entlang der Westumgehung.

Uns wurde wiederholt nahegelegt, zunächst diese Fläche zu entwickeln, um perspektivisch größere Gewerbe- und Industrieflächen bei der Bezirksregierung genehmigt zu bekommen. Rückblickend müssen wir jedoch feststellen, dass die genehmigungsfähigen Bebauungsplanparameter die künftigen Betriebe in ihren Entwicklungsmöglichkeiten erheblich einschränken würden.

Gleichzeitig sind bereits beträchtliche Planungskosten entstanden. Die Grundstücke wurden umgelegt, doch die ursprünglich vorgesehene Fläche hat sich, nicht zuletzt aufgrund Anliegen von Anwohnern, deutlich verkleinert.

Hinzu kommt, dass seitens der Behörden vorgesehen ist, im Zuge der Entwicklung des Gewerbegebietes auch Niederschlagswasserprobleme angrenzender Wohngebiete zu lösen. Damit würden zusätzliche Erschließungskosten in Millionenhöhe entstehen, die letztlich von der Allgemeinheit zu tragen wären. Hier stehen wir in der Verantwortung, intensiv zu verhandeln und Lösungen zu finden, die solche Mehrbelastungen möglichst vermeiden. Andernfalls droht dem Plangebiet weiterer Stillstand.

Deshalb ist es dringend geboten, größer und strategischer zu denken. Der Regionalplan bietet hierfür einen geeigneten Rahmen. Auf dieser Grundlage müssen zeitnah Gespräche mit der Bezirksregierung sowie mit Grundstückseigentümern geführt werden.

Diese Gespräche sind Chefsache, Herr Bürgermeister. Wirtschaftsförderung muss im Haushaltsjahr 2026 eine zentrale Schwerpunktaufgabe von Verwaltung und Politik sein.

Herr Bürgermeister, wir stehen bereit, Sie bei diesen Gesprächen aktiv zu unterstützen und gemeinsam tragfähige Perspektiven für unseren Wirtschaftsstandort zu entwickeln.

ÖPNV:

Der ÖPNV, insbesondere die Anbindung an den Bahnhof Brock, ist für viele Bürgerinnen und Bürger, die diese Verbindung regelmäßig nutzen, derzeit absolut unbefriedigend. Die Verbindung erweist sich als unzuverlässig und ist nicht ausreichend auf die, leider ebenfalls häufig verspäteten, Zugverbindungen abgestimmt.

Hinzu kommt, dass die entstehenden Kosten für die Gemeinde Ostbevern in Höhe von deutlich über 400.000 € pro Jahr auf Dauer nicht tragfähig sind. Unterstützung sowohl bei der Kostenfrage als auch bei der Optimierung des Angebots wurde in Gesprächen mit den zuständigen Verantwortlichen des Kreises Warendorf gesucht. Leider blieb diese Unterstützung bislang aus und wird es auch wohl bleiben. Die Gemeinde wird auch hier von den Stellen im Kreis alleingelassen.

Wir sind es leid, dass bei diesem Thema erneut das schwächste Glied in der Kette im Regen stehen gelassen wird. Daher sehen wir es als notwendig an, nun selbst aktiv zu werden und das Handeln in die eigene Hand zu nehmen.

Mit unserem Antrag im November des vergangenen Jahres haben wir den notwendigen Anstoß gegeben. Nun gilt es zu prüfen, ob durch Synergien mit angrenzenden Kommunen oder durch den Einsatz eines Bürgerbusses sowohl eine Verbesserung des Angebots als auch eine Entlastung der Kosten erreicht werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich, dass inzwischen erste Gespräche stattfinden, um entsprechende Lösungen anzustoßen. Nur auf diesem Weg kann der ÖPNV spürbar aufgewertet und zugleich dauerhaft finanzierbar gestaltet werden.

Sportanlagen:

Die Sportanlagen in Ostbevern sind in ihrer Vielzahl und Qualität zweifellos mehr als nur vorzeigbar. Die Sporthallen bieten sowohl den Schulen als auch den Vereinen alles, was notwendig ist, um den Schülerinnen und Schülern sowie den Sportlerinnen und Sportlern gerecht zu werden.

In den vergangenen Jahren ist es uns dank unserer Hartnäckigkeit zudem gelungen, die Beverhalle wieder uneingeschränkt als Versammlungsstätte nutzbar zu machen. Veranstaltungen wie das Showkonzert des MVO, aber auch zahlreiche Sportveranstaltungen können nun wieder ohne Bedenken hinsichtlich der Besucherzahlen durchgeführt werden. Dies schützt und stärkt das Ehrenamt und wird dem großen Engagement der vielen Ehrenamtlichen gerecht.

Ähnlich stellt sich die Situation im Beverstadion dar. Durch den zusätzlichen kleinen Trainingsplatz konnte der Überbelegung des Kunstrasenplatzes während der Trainingszeiten bereits entgegengewirkt werden. Dennoch besteht auch hier weiterhin zusätzlicher Bedarf. Sobald sich eine finanzierbare Möglichkeit zum Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes abzeichnet, werden wir dieses Vorhaben konsequent vorantreiben. Das sind wir den hunderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen schuldig, die sich hier Woche für Woche mehrfach engagieren.

Feuerwehr:

Seit 2018 (Vorlage 2018/167) befasst sich der Rat mit dem Thema „Neubau Feuerwehrgerätehaus Brock“. Die sicherheitsrelevanten Defizite der bestehenden Feuerwache im Ortsteil Brock machen seit Jahren deutlich, dass ein neuer Standort festgelegt und ein zeitgemäßes Gerätehaus errichtet werden muss.

Unter Einbeziehung einer angemessenen Unterbringung für den Malteser Hilfsdienst beliefen sich die Kosten nach der damaligen Vorplanung auf 2,225 Mio. Euro. Realisiert wurde dieses Vorhaben aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht. Die sicherheitstechnischen Bedenken blieben bestehen – auch wenn 2024 durch die Erweiterung des Fahrzeugeinstellplatzes dringend zu beseitigenden Gefahrenquellen entschärft werden konnten.

Mit dem Grundsatzbeschluss im September 2024, den Standort von der Ladbergener Straße an die Schmehausener Straße zu verlegen, wurden die Planungen konkretisiert. Eine Projektgruppe aus Verwaltungsmitarbeitern, Feuerwehrkameraden sowie jeweils einem Vertreter der Fraktionen hat daraufhin gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet.

Auf Grundlage eines favorisierten Raum- und Nutzungskonzeptes wurde eine Kostenschätzung in Höhe von 4,8 Mio. Euro vorgelegt – zuzüglich einer möglichen Kostensteigerung von bis zu 40 Prozent, was Gesamtkosten von bis zu 6,72 Mio. Euro bedeuten würde. Damit würde jeder vertretbare finanzielle Rahmen deutlich überschritten. Die Verwaltung hat daher vorgeschlagen, nicht erneut eine vollständige Neukonzeption zu beauftragen, sondern auf die Planung eines bereits realisierten Feuerwehrgerätehauses zurückzugreifen.

Als Referenz wurde das Gerätehaus der Feuerwehr Hoetmar herangezogen. Eine Umsetzung dieses Gebäudes zu heutigen Baukosten würde rund 2,98 Mio. Euro erfordern. Nach der Besichtigung durch die erweiterte Projektgruppe im Januar dieses Jahres bestand Einigkeit: Der Ansatz ist grundsätzlich sinnvoll – allerdings ist das Gebäude für die Bedürfnisse im Ortsteil Brock eine Nummer zu groß.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich den eingeschlagenen Weg, auf die bewährte Planung eines bestehenden Feuerwehrgerätehauses zurückzugreifen. Gleichwohl sind sowohl Größe als auch Kosten sorgfältig weiter zu prüfen und anzupassen. Dabei sollte ausdrücklich untersucht werden, ob eine Realisierung im Rahmen eines Investorenwettbewerbs – vergleichbar mit dem Projekt „Kita Kohkamp III“ – wirtschaftlich und organisatorisch sinnvoll umsetzbar ist.

Wohnungssituation in Ostbevern:

Die Baukosten und Finanzierungskonditionen sind für angehende Bauherren wie auch für Mieterinnen und Mieter in Ostbevern deutlich gestiegen. Für viele Familien ist der Traum vom Eigenheim derzeit kaum realisierbar. Gleichzeitig beginnen die Mieten für neu errichteten Wohnraum bei rund 11 Euro pro Quadratmeter – ein Preisniveau, das für zahlreiche Wohnungssuchende nur schwer tragbar ist.

Einigkeit besteht parteiübergreifend darin, dass Ostbevern dringend mehr bezahlbaren Wohnraum benötigt. Unterschiedlich bewertet wird jedoch der Weg dorthin.

Der von mehreren Kommunen der Stadtrandregion Münster gegründeten Beratungsgesellschaft IStaG sind wir bewusst nicht beigetreten. Der Weg über eine solche Gesellschaft von der Grundstücksauswahl über die Planung bis hin zur Beantragung von Fördermitteln erscheint uns zu langwierig und kostenintensiv. Diese Aufgaben sollten die Gemeinde in ihrer Rolle als Bauherrenvertreter selbst wahrnehmen, anstatt sie kostenpflichtig an Dritte zu vergeben.

Die CDU spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Gemeinde Ostbevern selbst als Investor und Anbieter von Wohnraum auftritt. Die BBO GmbH oder eine neu zu gründende kommunale Bau- und Vermietungsgesellschaft könnten diese Aufgaben übernehmen. Bislang ist dieser Ansatz jedoch nicht weiterverfolgt worden – unter anderem aufgrund personeller Engpässe in der Verwaltung sowie fehlender Kapitalausstattung bei der BBO.

Hinzu kam die strategische Entscheidung des bisherigen Kämmerers, die für den geförderten Wohnungsbau vorgesehenen Grundstücke nicht wertgleich zwischen Gemeinde und BBO zu übertragen, sondern sie im Bieterverfahren zu veräußern, um dringend benötigte Liquidität für den Gemeindehaushalt zu generieren.

So konnten im Jahr 2024 durch den Verkauf von drei gemeindeeigenen Grundstücken erhebliche Mittel zur Stabilisierung der Haushaltslage eingeworben werden. Gleichzeitig wurden 18 Wohneinheiten unbürokratisch auf den Weg gebracht. Mindestens zwölf Wohnungen werden bereits im Sommer bezugsfertig sein, für sechs weitere wird die Förderzusage im Frühjahr erwartet.

Auch im Jahr 2025 wurden im Rahmen eines Bieterverfahrens Interessenten für vier weitere Grundstücke ermittelt. Für mindestens drei dieser Grundstücke wurden noch 2025 Förderanträge gestellt und die Grundlage für weitere 16 öffentlich geförderten Wohnungen geschaffen.

Da die Einstufung Ostbeverns in die höchste Mietstufe 4 für ländliche Kommunen nur noch bis 2027 gilt, ist zeitnahes Handeln erforderlich, um zusätzliche Fördermöglichkeiten zu sichern.

Während die von den Umlandkommunen rund um Münster gegründete Wohnungsberatungsgesellschaft „IStaG“ bislang noch keine operative Tätigkeit aufgenommen hat, hat Ostbevern bereits die Voraussetzungen für insgesamt 34 geförderte Wohnungen geschaffen – ein konkreter und messbarer Fortschritt für mehr bezahlbaren Wohnraum vor Ort.

Offene Ganztagschule und Schulen:

Aus dem vergangenen Jahr:

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, die uns von Land und Bund auferlegt wird. Ab dem Jahr 2026 besteht der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Dies wurde auf Bundesebene beschlossen, die Verantwortung zur Umsetzung liegt beim Land.

Wir jedoch erhalten trotz vielfachen hinterfragen keine Informationen über die Finanzierung oder die konkreten Anforderungen – schlichtweg nichts!

Und was bedeutet das für uns?

Alles unverändert. Es gibt weder verlässliche Zusagen noch klare Rahmenbedingungen. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass die Kommunen am Ende die Verantwortung gegenüber den Familien tragen sollen, wenn nicht genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Trotz ohnehin angespannter Haushaltslagen sollen die Städte und Gemeinden sehen, wie sie diese Aufgabe bewältigen.

Wir haben Gespräche mit betroffenen Eltern geführt. Umso mehr hätten wir uns gewünscht, dass auch Verantwortliche aus Berlin oder Düsseldorf den Dialog vor Ort suchen und sich den Fragen stellen. Denn dort werden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Zur praktischen Umsetzung, insbesondere zu Finanzierung und konkreter Ausgestaltung, bleiben jedoch weiterhin entscheidende Antworten aus. Die Kommunen, das schwächste Glied in der Kette, werden hier weitgehend allein gelassen.

In Ostbevern haben wir in der Vergangenheit auf freiwilliger Basis jedem Kind ein Betreuungsangebot machen können – das war und ist keineswegs selbstverständlich. Viele andere Kommunen konnten das nicht leisten. Diesen Anspruch an uns selbst wollen wir auch künftig aufrechterhalten. Im Sinne unserer jungen Familien gehen wir verantwortungsvoll mit dieser Situation um.

Wir haben entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant und die notwendigen Baumaßnahmen an der Franz-von-Assisi-Schule auf den Weg gebracht. Weitere Schritte werden folgen. Unser Ziel ist es, nicht nur der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, sondern darüber hinaus allen Kindern in Ostbevern ein verlässliches und qualitativ gutes Betreuungsangebot zu unterbreiten.

Unser Fazit der Haushaltsdiskussionen:

Wir bedanken uns bei allen, die an diesem Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben. Bereits mit der Übergabe des Entwurfs durch den Bürgermeister an die Politik wurde deutlich, dass ein gemeinsamer Weg eingeschlagen werden soll.

Der verantwortungsvolle Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln hat unser Handeln in der Vergangenheit geprägt. Mit Blick auf die Zukunft dürfen und werden wir diesen Kurs nicht verlassen, um auch weiterhin in Ostbevern handlungsfähig zu bleiben.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, alles daranzusetzen, Ostbevern auch künftig so lebenswert zu erhalten, wie wir es heute kennen und schätzen.

Wir stimmen dem Haushalt 2026 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Wolfgang Weglage und Michael Füssel